



Bund
Naturschutz
in Bayern e.V.

Straubing, 17.2.2010
PM 012-10/LFGS
Gentechnik

Pressemitteilung

Bund Naturschutz (BN) und BUND fordern von der FDP: Freie Wahl für Essen ohne Gentechnikverschmutzung statt Freibrief für Gentechnekkonzerne

Anlässlich des politischen Aschermittwochs der FDP in Straubing haben sich der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Bund Naturschutz in Bayern (BN) an einer Protestkundgebung mehrerer gentechnikkritischer Organisationen gegen die Lobbypolitik der FDP für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland beteiligt.

Der BUND- und BN-Vorsitzende Prof. Dr. Hubert Weiger forderte die FDP auf, sich „für freie Wahl der Verbraucher für Essen ohne Gentechnikverschmutzung einzusetzen, anstatt einen Freibrief für Gentechnekkonzerne auszustellen und ihnen zu erlauben, ihre Interessen gegen den Widerstand der Öffentlichkeit durchzusetzen.“

BUND und BN haben der FDP einen ausführlichen Forderungskatalog vorgelegt:

Keine Zulassung für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland: Nein zur „Gentechnikkartoffel Amflora“:

Die FDP muss endlich die Fakten zur Kenntnis nehmen.

Agro-Gentechnik ist eine Risikotechnologie mit gravierenden Gefahren für die Gesellschaft, deshalb lehnen BUND und BN sie ab. Ihre Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier sind bis jetzt ungeklärt. Der Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in der Umwelt bedroht die Vielfalt von Pflanzen- und Tierarten durch Monokulturen, massiven Herbizideinsatz und durch eine weitere Industrialisierung der Landwirtschaft. Agrogentechnik ruiniert die bäuerliche Landwirtschaft und vernichtet Arbeitsplätze, indem sie Landwirte durch Patente und Lizenzen in Abhängigkeiten treibt.

BN und BUND teilen die Bedenken der Europäischen Arzneimittelagentur EMEA gegen die Zulassung der gentechnisch veränderten Stärkekartoffel der BASF in Bezug auf das in der Amflora-Kartoffel enthaltene Antibiotika-Resistenz-Gen. Die im Zulassungsverfahren auf EU Ebene vorgelegten Fütterungsstudien an Ratten und Kühen halten BN und BUND für nicht geeignet, um die Sicherheit der gentechnisch veränderten Kartoffel Amflora für Mensch und Tier zu belegen. Auch die Umweltstudien werden als unzureichend bewertet. Amflora müsse daher die Zulassung verweigert werden. **„Die Klientelpolitik für die BASF macht der FDP jetzt Stress“, so der BN und fordert:** „Statt Klientelpolitik für eine kleine Gruppe von Profiteuren zu machen, die am Verkauf von genmanipuliertem Saatgut, genmanipulierten Futtermitteln und Pestiziden verdienen will, sollte sich die FDP lieber für gentechnikfreien Anbau und gentechnikfreies Essen einsetzen, zumal es bereits konventionell gezüchtete Kartoffelsorten mit ähnlicher Stärkezusammensetzung gibt, wie die Amflora-Kartoffel sie aufweist.“

Landesfach-
geschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Wahlfreiheit für gentechnikfreies Essen ade, ginge es nach der FDP

Die Erfahrungen aus Kanada und USA zeigen, dass ein Nebeneinander von Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik nicht möglich ist. Dies gilt erst recht in der kleinteiligen bayerischen Landwirtschaft. Die vorgesehenen Abstände zu Gentechnikmaisfeldern im deutschen Gentechnikgesetz von 150 Metern zu anderen konventionellen Mais-Feldern und 300 Meter zu biologisch bewirtschafteten Mais-Feldern sind zu gering, um Einkreuzung zu verhindern!

Wirtschaftsfaktor Bioanbau ist der FDP egal - das ist nicht sozial

Durch unkontrollierbare Ausbreitung von GVO werden Wild- und Kulturpflanzen kontaminiert und gentechnikfreie Märkte zerstört.

Anbieter gentechnisch veränderten Saatgutes wollen die Kosten und Standards für Zulassungen senken, Systeme zur Trennung und Kennzeichnung vermeiden und verhindern, dass das Verursacherprinzip zur Anwendung kommt. Bei Unternehmen wie BASF, Monsanto, Bayer, Syngenta oder DuPont/Pioneer, die auch am Verkauf von Pestiziden oder Düngern verdienen, gibt es kein Interesse an Maßnahmen zur Sicherung nachhaltiger Produktionsweisen. Entstehen auf den Äckern verstärkt resistente Unkräuter in Reaktion auf den häufigen Einsatz des gleichen Herbizids und werden folglich immer größere Mengen an Herbiziden ausgebracht, steigen die Profite.

Dem Biolebensmittelsektor, der mit knapp 6 Mrd. € Umsatz ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Deutschland ist, entstehen durch die Importzulassung gentechnisch veränderter Pflanzen hingegen wirtschaftliche Schäden, da die Aufwendungen für die Qualitätssicherung der gentechnikfreien Produktion von den Biobetrieben selbst zu bezahlen sind.

Weitere Forderungen von BN und BUND sind:

- Generelles Anbau- und Importverbot für GVO in der EU
- Gesetzlich garantiertes Selbstbestimmungsrecht der europäischen Staaten für ein GVO-Anbauverbot und die Sicherung der gentechnikfreien Regionen
- Reinheitsgebot für Saatgut – keine GVO-Verunreinigung in herkömmlichem Saatgut
- Kennzeichnungspflicht für Milch, Fleisch, Eier etc. von Tieren, die mit GVO-Futter ernährt wurden
- Reform der europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA (Zusammensetzung, Arbeitsweise, Kriterien der Sicherheitsprüfung etc.)
- Überarbeitung der EU-Patentrichtlinie – keine Patente auf Pflanzen und Tiere
- Schutz der Imkerei vor GVO-Einwirkungen
- Gesetzliche Absicherung einer vollständigen Haftungs- und Risikoübernahme durch Gentechnikkonzerne und –Anwender
- Keine Forschungsförderung der Agrogentechnik, statt dessen Förderung der Alternativen

Für Rückfragen:

Marion Ruppner, BN Landwirtschaftsreferentin

Tel. 0911-81878-0 mobil am 17.2.: Tel. 0171 44 66 55 3